

## **Mitteilungsblatt 18.11.2022**

### **Einladung zur Liberalen Runde November am 28.11.2022 zum Thema "Kritische Infrastruktur"**

Die FDP Hirschberg lädt alle Interessierten ganz herzlich zur Liberalen Runde November zu folgendem Thema ein:

#### **„Kraftwerke, Krankenhäuser oder Rechenzentren: Gefahren, Risiken und Schutz für kritische Infrastrukturen“**

Kritische Infrastrukturen berühren nahezu jeden Teil des Alltags. Kraftwerke, Wasserversorger oder Lebensmittelhersteller gehören genauso zu kritischen Infrastrukturen, wie Banken, Rechenzentren oder Krankenhäuser. Insbesondere nach den Lecks in den beiden Nordstream Gas-Pipelines und der Sabotage an den Kommunikationskabeln der Deutschen Bahn wollen wir in der nächsten Liberalen Runde folgende Fragen stellen: Wie ist es um die Sicherheit unserer kritischen Infrastruktur bestellt? Was sind kritische Infrastrukturen? Welche Gefahren und Risiken bestehen und wie können die kritischen Infrastrukturen geschützt werden?

Die **Liberale Runde** wird am

**Montag, 28. November 2022  
um 19.30 Uhr im Hilfeleistungszentrum,  
Galgenstr. 2, 69493 Hirschberg**

stattfinden.

Wir freuen uns, dass wir mit **Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Günter Müller**, Professor für Telematik an der Universität Freiburg, und **Herrn Patrick Klein**, Cyber Security Governance Spezialist im Bereich kritischer Infrastrukturen, zwei kompetente Referenten zum Thema „**Kritische Infrastrukturen**“ gewinnen konnten.

#### **Die kritische Infrastruktur unseres Landes schützen**

Die FDP Hirschberg wird sich Ende November, wie vorstehender Einladung entnommen werden kann, mit dem Thema „Kritische Infrastrukturen“ beschäftigen. Auch das Präsidium der FDP-Bundespartei hat nun mit einem Positionspapier zum besseren Schutz sensibler Infrastruktur reagiert. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai erklärte: „Als Freie Demokraten ziehen wir mit dem Beschluss die Konsequenz aus einer Weltlage, die immer mehr von systemischer Konkurrenz zwischen Demokratien und Autokratien geprägt ist.“ Thore Schäck, Präsidiumsmitglied und Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, bekräftigte: „Es darf kein Einfallstor für autoritäre Staaten in zentrale Infrastruktur in Deutschland geben.“ Die FDP fordert daher eine deutliche Verschärfung des Außenwirtschaftsrechts, einen schnellen Entwurf des im Koalitionsvertrag vereinbarten KRITIS-Dachgesetzes und die Verankerung einer modernen Infrastruktur als Staatsziel im Grundgesetz, „um dieser Infrastruktur auch die Bedeutung zu geben, die sie für uns in Deutschland hat“.